

Hintergrundgespräch zur Situation in der Ukraine

Zur aktuellen Situation in der Ukraine konnte das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung am 13.02.2015 **Stephan Meuser, Leiter des Regionalbüros der FES in Kiew**, als Gesprächspartner gewinnen.

Zu Beginn seines Vortrages gab Meuser eine kurze Zusammenfassung über einige historische Begebenheiten in Bezug auf die Ukraine. So erläuterte er, dass die Ukraine als „*late comer*“ unter den Demokratien zähle, da sie erst 1991 die Unabhängigkeit erlangte. Sie habe im Vergleich zu anderen Staaten wenig „Tradition als Nationalstaat oder Demokratie“, so Meuser. Im Gegensatz dazu überstand das bereits in den Zeiten der Sowjetunion entstandene „Kartell der Eliten“ den Wechsel von sowjetischer Teilrepublik zu unabhängigem Staat recht gut. Dies hätte in den folgenden Jahren zu dem heute so ausgeprägtem Oligarchentum und dem Herauskristallisieren verschiedener Fraktionen geführt. Denn vom Beginn der 1990er Jahre bis heute habe ein unausgesprochener Kompromiss zwischen den Fraktionen der verschiedenen Landesteile geherrscht. Die Machtbastionen der verschiedenen Gruppierungen und Oligarch_innen wären auch nach Machtwechseln immer tabu gewesen. Dies habe zu einer zunehmenden Verfestigung von korrupten Parallelstrukturen geführt.

Wirtschaftliche und soziale Situation

Dabei sei es gerade jetzt wichtig, so Meuser, die oligarchischen Strukturen aufzubrechen, die weitreichende Teile der ukrainischen Wirtschaft durchzögen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die Wettbewerb möglich machten. Als Beispiel nannte Meuser hier den Energiesektor. Das für den Gas- und Ölvertrieb zuständige Unternehmen Naftogas habe undurchsichtige Strukturen und sei nicht in der Lage, die Menge des aus Russland ankommenden Gases überhaupt zu messen. Zudem seien weite Teile der Bevölkerung in den Einflussphären der jeweiligen Oligarch_innen stark von diesen abhängig.

Im Zusammenhang mit dem Reformstau mahnte Meuser auch einen Wechsel des von der Europäischen Union (EU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) verfolgten Kurses in der Ukraine an. So sei die Austeritätspolitik der EU in Südeuropa fehlgeschlagen und es sei „gefährlich, dieselben Fehler in der Ukraine zu wiederholen“. Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Problemen die ein „normal überschuldeter Staat“ habe, würden die durch den Konflikt in der Ostukraine ausgelösten sozialen Probleme durch eine solche Sparpolitik noch verschlimmert. Es gäbe mittlerweile über eine Million Binnenflüchtlinge, die das Konfliktgebiet verlassen hätten und gerade diese würden dadurch am härtesten getroffen. Die Flüchtlinge hätten bereits ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage verloren und müssten bei etwaigen Sparprogrammen befürchten, dass zumindest Teile der eh schon geringen finanziellen Unterstützung wegfielen.

Innen- und Parteipolitik

In der Ukraine fehle im Moment eine Organisation, die nicht von oligarchischen Strukturen durchsetzt oder beeinflusst sei, um politische oder wirtschaftliche Reformen von außerhalb der *Verchowna Rada*, des ukrainischen Parlaments, anzustoßen. Die Gewerkschaften zum Beispiel seien zurzeit nicht handlungsfähig, erklärt Meuser. Denn diese hätten durch den Ausbruch eines

Feuers während der Proteste auf dem Maidan und durch einen Brandanschlag sowohl ihre Gewerkschaftszentralen in Kiew als auch in Odessa verloren. Kurz darauf gingen mit der Annexion der Krim ein großer Teil (ca. 40 Prozent) ihrer Einnahmen verloren, da die Gewerkschaften dort mit dem Besitz und Betrieb von Ferienhäusern Geld für die Gewerkschaftskasse erwirtschaftet hatten.

Meuser unterteilt die heute innenpolitisch agierenden Akteur_innen grob in drei Kategorien. Zuerst die bereits nach der „Orangen Revolution“ an die Macht gekommenen Eliten aus der Zentral- und Westukraine, des Weiteren die nun in der Opposition sitzende Gruppe um den abgesetzten Präsidenten Wiktor Janukowytsch mit Machtzentren in der Nord- und Südostukraine und abschließend die aus der „Zivilgesellschaft“ stammenden Akteur_innen des Maidans, die bei den Wahlen 2014 mit ca. 40 Mandaten in die *Werchowna Rada* eingezogen waren.

Diese zivilgesellschaftlichen Akteur_innen seien es gewesen, die während der Demonstrationen vor einem Jahr auf dem Maidan ausgeharrt hätten. Sie gelten zugleich als einzige Fraktion, die wirklich Veränderungen will. Dies falle ihnen aber – auch bedingt durch die sich ausweitenden Konflikte – schwer, denn die Regierungsparteien verschöben mit Blick auf die Auseinandersetzungen im Osten des Landes weitreichende Reformen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Vor dem Hintergrund der Annexion der Krim und der Beteiligung Russlands im aktuellen Konflikt, sprach Meuser von einem mindestens dreifachen Verstoß gegen geltende Verträge. So verbiete die KSZE-Schlussakte die gewaltsame Veränderung von Grenzen. Sowohl Russland, auf dessen Drängen dieser Abschnitt in den Vertrag übernommen worden war, als auch die westlichen Länder hätten diese 1975 unterschrieben. Zudem hätte Russland 1994 im Budapester Memorandum die Staatsgrenzen der Ukraine (im Gegenzug für die Rückgabe und den Verzicht auf Nuklearwaffen) garantiert und dies drittens wenige Jahre später im „Freundschaftsvertrag“ von 1997 nochmals bestätigt.

Undurchsichtig seien aber vor allem die Intentionen der sogenannten Freiwilligen-Bataillone und ihrer Unterstützer_innen. Denn einige der ukrainischen Oligarch_innen unterstützten oder betrieben selbst einige dieser Kampfverbände für ihre eigenen Zwecke, um etwa ihre Machtposition zu festigen oder ihren Einflussbereich auszubauen.

Anschließend skizzierte Meuser zwei mögliche Extrem-Szenarien wie die Situation im Ukraine-Konflikt sich entwickeln könnte. So gäbe es die „zynisch-realistische“ Sicht, man könne „Aktiv die Abtrennung der Ostgebiete suchen“, um damit den Konflikt zu entschärfen und etwaige Kosten für den Wiederaufbau, zumindest in den dann abgetrennten Landstrichen, von Kiew nach Moskau zu verlagern. Die andere Möglichkeit wäre die Einfrierung des Konfliktes und die Herstellung eines Status Quo.

Zum Schluss unterstrich Stephan Meuser noch einmal deutlich zwei seiner Punkte. Für die innenpolitische und wirtschaftliche Stabilität seien starke Reformen und Dezentralisierung von höchster Dringlichkeit, jedoch müsse das Festhalten der europäischen Staaten an einer Spar- und Austeritätspolitik verändert werden. Abschließend verurteilte Meuser ganz klar die von den USA in Erwägung gezogenen Waffenlieferungen, Denn: „Wenn jemand die Regeln bricht, sollte man nicht die Regeln ändern, sondern versuchen, ihn wieder in die Regeln zurück zu bekommen.“

Zudem würden Waffenlieferungen nur dazu führen, „die russische Paranoia, es hätte sich um einen amerikanisch finanzierten Putsch gehandelt“, zusätzlich zu befördern.

Meuser plädierte abschließend für einen politischen Lösungsansatz, der Russland mit einbezieht, anstatt Krisenbewältigung über Putin hinweg, beziehungsweise gegen ihn, zu versuchen.

Weiterer Lesestoff zum Thema:

5. Ausgabe Vision Europa „**Neurussland – Geschichte, Gegenwart und Vision**“. Dezember 2014.

<http://tinyurl.com/visioneuropa5>

Der „Euromaidan“ – ein Jahr danach: Bilanz eines ukrainischen Epochenjahres / Stephan Meuser. Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Mittel- und Osteuropa, 2015.

www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=11171&ty=pdf